

Die Halle vierzehntägig bei jedem...
Halle mit 20 Pfg. bezahmt und in...
Anzeigen...
Redaktion und Haupt-Verwaltung...

Saale-Zeitung.

Sachsendruckerei Jahrgang.

Nr. 48.

Halle a. S., Dienstag, den 30. Januar.

1912.

Don Quijote als Regent.)

Spanien ist im Begriff, in Marokko neue Kolonialgebiete zu erringen. Es ist seine alte Bekanntschaft...

Don Quijote, der spanische „Konjervative“, der diese Politik des Fortschritts zum nationalen Tod predigt...

Die Leitartikel der konservativen Blätter erkennen alles Glend im inneren Lande und selbst die für eine so blutige Nation...

Neben den konservativen Eroberungsplanen besteht in Spanien ein Verein zur Kolonisation des Innern und eine Partei unter Führung des Bauernministers...

Warum aber die Politik der Verzweifelten freigeblieben, warum Spanien, statt seine Arme aufzufüllen, das Recht auf Eroberungsniederlagen von Frankreich...

Reichstagswahlreform.

Die diesmaligen Wahlen, bei denen die Scheidung zwischen rechts und links klarer als je zum Ausdruck kam...

Aus dem „März“

der Rechten gegenüberstehen. Statt dessen ist der Stimmenunterschied zwischen beiden Gruppen nur 5; die Vertretung der Rechtsparteien übersteigt erheblich den ihnen gebührenden Anteil...

Die Ursache ist längst bekannt. Wir haben zwar das gleiche Wahlrecht für die Reichstagswahlen. Aber dieses gleiche Wahlrecht wird gestiftet und unwirksam gemacht durch eine Wahlkreiseinteilung...

Das Reichstagswahlgesetz vom 31. März 1869 besagt in § 5: „In jedem Bundesstaate wird auf durchschnittlich 100 000 Seelen...“

Seit 1870 ist die Einwohnerzahl des Deutschen Reiches von rund 40 auf rund 65 Millionen gestiegen, während die Zahl der Wahlkreise und der Abgeordneten immer noch nur 397 beträgt!...

Es ergibt sich daraus, daß eine den wirklichen Verhältnissen längst nicht mehr Rechnung tragende Einteilung der Wahlkreise die Gleichheit des Wahlrechts völlig illusorisch gemacht und damit die Mehrheit der Wählerkraft politisch in Nachteil gebracht hat.

Deutsches Reich.

Die Regierung wehrt sich!

(Redung unseres Berliner Mitarbeiters.)

„Berlin, 30. Jan. (Telegr.)“

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ wehrt sich heute an offizieller Stelle kräftig gegen die verstandes agrar-konservativen Vorwürfe...

lierten Haltung in der Wahlkampagne überschüttet wird. Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ sagt:

In den Erörterungen der Presse über den Ausfall der Wahlen finden sich mehrfach Verweise, der Regierung die Schuld an dem Ergebnisse zuzuschreiben. Sie habe die Finanzreform geübelt und nichts gegen das Wankieren der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie getan...

Diese Vorwürfe sind nicht berechtigt. Die Bemühungen der Regierung sind dauernd, und zwar nicht erst seit der Eröffnung der eigentlichen Wahlkampagne, darauf ausgegangen, die Gegensätze unter den bürgerlichen Parteien auszugleichen und sie auf den gemeinsamen Boden des staatlichen Gesamtinteresses zurückzuführen...

Der zweite Vorwurf, daß die Regierung es an Entschiedenheit in ihrer Stellung zur Sozialdemokratie habe fehlen lassen, ist nicht minder haltlos. Die Auffassung der Regierung ist vor den Hauptwahlen wie vor den Stichwahlen mit völliger Klarheit zum Ausdruck gekommen. An ihr liegt die Schuld also nicht, wenn die bürgerlichen Parteien sich zur gegenseitigen Unterstützung gegen die Sozialdemokratie nicht zusammengedungen und die Regierung mit ihren Bemühungen um die Einigung des Bürgerturns allein gelassen haben...

Amerikanische Heerzweige gegen Deutschland

Ist der Inhalt des Buches des Admirals Mahan, „Seitfelt Naval Strategy“ (Seestrategie), es beschäftigt sich aber sehr eingehend mit Vespottieren und sucht es den Amerikanern und Engländern klar zu machen, daß sie sich gegen Deutschland und Oesterreich verbünden müssen, wenn sie nicht in den Hintergrund gedrängt werden wollen. Admiral Mahan ist der Überzeugung, daß Deutschlands Stellung in Europa heute eben so stark ist, als sie jetzt die Ludwig XIV. und Napoleons I. Englands Entanten leien nicht genügende Korrektur für das gehörte Gleichgewicht Europas...

Kröchers Wahl amtlich bestätigt.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis haben laut Telegramm im Wahlkreise Saizwede-Gardede Engeln erhalten von Kröcher 13 465, Böhm 13 144. v. Kröcher ist also mit 321 Stimmen Mehrheit gewählt. Die Wahl v. Kröchers löst wegen angeblich zahlreicher Unregelmäßigkeiten angefochten werden.

Gründung eines Deutschen Wehrvereins.

Unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern nationaler Vereine und Organisationen, darunter auch des Deutschen Frauenbundes, sowie von an der Jugendberichterstattung, der Beurlaubung unserer Volksgenossen und ähnlichen nationalen Fragen interessierten Persönlichkeiten trat Sonntag im Warmwasserbad des Berliner Zoologischen Gartens eine Versammlung zusammen, um die Gründung eines Deutschen Wehrvereins zu beschließen. Generalmajor v. D. Keim leitete die Verhandlung.

Generalleutnant v. D. Nigmann (Berlin) behandelte die Frage, in welchen Formationen unser Heer verstärkungsbedürftig sei. Der Redner fordert u. a. die Umwandlung dreier Divisionen an der Ost- und Westgrenze in das 20. und 21. Armeekorps, Vermehrung der Kanalliere, des Trains, der Pioniere und vor allem der Luftfahrzeuge. An erster Stelle ist für die Infanterie eine Panze zu brechen, die den Kampf zu entscheiden hat. Zu begrüßen ist, daß die neue Militärverordnung jedem Infanterieregiment eine Maschinengewehr-

Kalle und Umgebung.

Seite a. S. 30. Januar.

Stadtverordneten-Sitzung.

Seite. 20. Januar.

Am Vorstehendste die Herren Geheimrat Prof. Dr. Schmidt-Rimpf, Kaufmann Probst und Rentier Knabe.

Im Eingange ist eine Petition der Witwen ehemaliger Kommunalbeamten, die im November v. J. beim Magistrat gebeten hatten, mit Rücksicht auf ihre geringe Pension eine Aufbesserung zu erwirken; aber ohne Angabe von Gründen abschlägig beschieden waren. Sie unterbreiten nunmehr ihr Gesuch den Stadtverordneten. Die Sache geht an den Etatsschuß. — Ein beim Vorliegenden eingegangener Antrag des Herrn St. Kallmeyer, den Magistrat zu ersuchen, das Kuratorium der Gaswerke zu erneuten Ermächtigungen über den Verkauf des Gasofols nach Höchstmäß nach dem Gewichte zu veranlassen, falls auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gelegt werden.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. 1. Zur Hauptaufklärung von zwei Abflüssen der Glauchaerstraße sind in dem Entwurf des Stadthausbauplanes von 1912 und zwar in Kap. 13 unter E 11 und 12 der Ausgabe die Kosten von 8000 und 17000 Mark eingestuft worden. Diese Beträge würden zur Deckung der gesamten Ausgaben nicht ausreichen, sind vielmehr so niedrig nur deshalb bemessen, weil sie um die Pfostenkosten vermindert werden sollen, die aus Anlaß der dabeistehenden vorgenommenen Kanalisation notwendig geworden und mit dieser auch bereits grundfähig, wenn auch mit dem Vorbehalte gutgeheißen sind, daß ihre Spezialbewilligung von Verlegung eines Projektes und Kostenschlags abhängig gemacht werde. (Stadtverordnetenbeschuß vom 14. Mai 1906.)

Um diesem Vorbehalte zu genügen, überreichte der Magistrat Unterlagen, aus denen sich ergibt, daß durch den Bau des Sammelers an Pfostenkosten auf der unter Vol. 11 besetzten Straße zwischen Apotheke und Glauchaerstraße weitere 6000 Mark und auf der unter Vol. 12 aufgeführten Straße zwischen Lange- und Torstraße weitere 20000 Mark erforderlich werden mit dem Antrage, 6000 und 20000 Mark zur Ausführung der in Kap. 13 E 11 und 12 des Etats von 1912 vorgesehenen Hauptaufklärungen aus der Kanalanteile von 1906 zu bewilligen.

Die Vorlage wird angenommen. (Ref.: Höfelle.) 2. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich unterm 1. Mai vor. J. mit der

Anlegung eines öffentlichen Platzes

auf dem zwischen Süd- und Liebenauerstraße gelegenen Hospitalacker einverstanden erklärt und zugleich die Mittel zum Ankauf des letzteren bewilligt. Nachdem jetzt die Nebeneinrichtung des Platzes an die Stadtgemeinde stattgefunden hat, steht der Anlegung des Platzes nichts entgegen. Zunächst ist es zweckmäßig, die Kanäle in den angrenzenden Straßen herzustellen, die den Platz begrenzen; die Kosten hierfür sind auf 19000 Mark veranschlagt.

Der Antrag des Magistrats wird genehmigt. (Ref.: Herr Stv. Höfelle.) 3. Die diesbezügliche Referent darlegt, sind für den

Bau des Hauptammalkanals zwischen Klausbrücke und Burgbrücke

durch Gemeindefestsetzung vom 7. Mai 1910 167000 Mark bewilligt worden und zwar 154000 Mark für den Kanalbau und 13000 Mark Pfostenarbeiten. Die Stadtbaubehörde hatte bereits am 3. Mai 1910 empfohlen, in den engeren Straßen, an den Stellen, wo der Kanal besonders tief liegt, dieien in Tunnelbau herzustellen. Vor Inangriffnahme der Arbeiten hat sie daher eine örtliche Befestigung vorgenommen und die Trace an der Workbrücke sowie die Tunnelstellen bestimmt. Die Ausführung wurde infolge der unrichtigen an die Baugrube angrenzenden Bauhöhen, durch die große Tiefenlage des Kanals und durch die Aufnahmefähigkeit aller anderen Straßenteile in die Baugrube zwar sehr erschwert, sie ist indes bis jetzt gut verlaufen. Es stellt sich jedoch heraus, daß diese schwierige Arbeit, deren Kosten naturgemäß genau schwer zu veranschlagen waren, zu niedrig veranschlagt ist und somit die genehmigten Geldmittel nicht ausreichen. Die Mehrkosten ergeben sich insbesondere aus der vorgefundenen Beschaffenheit des Festbodens, aus der Notwendigkeit, für längere Zeit außer dem Siderwasser auch Kanalwasser pumpen zu müssen und aus dem Umstände, daß im Interesse der Sicherheit der angrenzenden Häuser viel Abstellholz in der Baugrube belassen werden mußte. Andererseits sind auch Winderklausen entstanden, 3. B. werden durch die Tunnelstrecken Pfostenarbeiten erspart. Für letztere dürfen 6000 Mark ausreichen. Insgesamt wird, sofern nicht noch unerwartete Schwierigkeiten auftreten, eine Ersparnis von 18600 Mark eintreten. Der Magistrat meldet diese Mehrkosten jetzt schon an und beantragt, den mit 167000 Mark bewilligten Betrag um 16600 Mark, im ganzen auf 183600 Mark aus der Kanalbauanteile zu verfahren.

Die Veranlassung folgt den Darlegungen und akzeptiert die Vorlage debattellos. Punkt 4 betrifft die

Entwässerung des neuen Friedhofes an der Dessauerstraße.

Die Magistratsvorlage führt folgendes aus: Die Aufgrabungen und Bohrungen in dem Gelände des projektirten Friedhofes an der Dessauerstraße haben ergeben, daß das Grundwasser dort bis rd. 1 Meter unter Geländeoberfläche stand; in diesem aufgehendstrocknen Sommer und Herbst ist der Grundwasserstand zwar auf etwa 2 Meter Tiefe zurückgegangen, jedenfalls aber ist es notwendig, abgesehen von der Drainage auf dem Friedhof selbst, für Abfluß des Wassers Vorkehrungen zu treffen. Durch Zusammenführung des Wassers in einen Leich, an der tiefsten Stelle des Geländes, würde zweifellos ein Teil des Friedhofes genügend trocken gelegt werden. Immerhin aber bietet dies keine Gewähr für die Entwässerung des gesamten Grundflüßes bis auf die nötige Tiefe von mindestens 2,5 Meter. In Uebereinstimmung mit der Baubedeutung hält der Magistrat es deshalb für notwendig, daß als Vorstufe für die Abmäher des Friedhofes ein besonderer Kanal hergestellt wird. Der Anschluß an das Kanalnetz erfolgt am besten durch einen Kanal im Zuge des Landtrains nach dem vor wenigen Jahren fertiggestellten Kanal in der Zietenstraße.

Der neue Kanal ist so projektirt, daß er nicht nur das Friedhofsgelände entwässert, sondern daß hierdurch auch das

umliegende Gelände der Bebauung erschlossen werden kann.

Für die Ausführung ist zunächst die Strecke des Kanals von der Zietenstraße (Eisenbahnbrücke) bis zur Kreuzung der Dessauerstraße geplant, sie ist mit 300000 Mk. veranschlagt. Die Tiefenlage des Kanals ist so gewählt, daß bei Weiterführung desselben in der Dessauerstraße, am äußersten Punkte des für die Erweiterung des Friedhofes in Aussicht genommenen Geländes, noch die vorchriftsmäßige Trockenlegung auf mindestens 2,5 Meter Tiefe erfolgen kann.

Der Referent Herr Stv. Höfelle empfiehlt die Vorlage.

Herr Stv. C. M. er erucht, die Arbeiten möglichst bald in Angriff zu nehmen, um der Arbeitslosigkeit zu wehren. Dazu eignen sich jene Erdarbeiten ganz besonders gut.

Die Vorlage wird angenommen.

5. Herr Stv. B. M. er tritt für aus; Nach dem von der Stadtverordnetenversammlung und auch Landesparlament genehmigten Projekt für die Neuannektierung der Hausmannsdamm durch das dem Domänenfiskus gehörige Klausberggelände geführt und die Kläranlage ebenfalls auf domänenfiskalischem Gelände — dem Tafelwerder — errichtet werden. Die Verhandlungen mit dem Domänenfiskus, die sich übrigens auf

alle domänenfiskalischen Flächen

im Stadtbesitz und auf die Böcker- und Heide betreffen, haben für den Tafelwerder und für das Klausberggelände zu einem Resultat geführt. Es war von dem Magistrat geplant, für das Klausberggelände nur die Grundgerechtigkeit zum Bau und Betrieb des Kanals von dem Fiskus zu erwerben. Diesen Plan hat er aber fallen lassen, er hält es vielmehr für richtiger, das gesamte Klausberggelände käuflich zu erwerben. Die geplante Erweiterung der Zietenstraße über die Ziegenwiese und Biehke nach der Seite hat ferner Berücksichtigung gefunden, mit der Domänenverwaltung wegen Ankauf der Ziegenwiese erneut zu verhandeln.

Die Ziegenwiese

ist, abgesehen von dem Strommestereffekt und von dem an der Steinmühlendrücke liegenden Privatgrundstück, domänenfiskalischer Besitz. Die Pappellake auf der Ziegenwiese ist ein der Stadtgemeinde gehöriger öffentlicher Weg, die übrigen Wege sind auf Grund eines Vertrages der Stadt auf ewige Zeiten für den öffentlichen Verkehr zur Benutzung überwiesen worden. Der lückicht der Pappellake gelegene Teil der Ziegenwiese ist in der Saupflicht nicht veräußert, da ein Teil bereits der Unterfertigung für Spielplätze zur Verfügung gestellt ist und viele Stellen für die Anlage von Baugruben vergraben werden sollen. Die Grenzen des der Unterfertigung vorbehaltenen Grundbesitzes sind mit dem Herrn Kurator vereinbart. Der Domänenfiskus hat zu der Frage der Begrenzung einwilligend Stellung noch nicht genommen, es darf jedoch Zustimmung erhofft werden. Ferner ist geplant, daß bei dem Ankauf der Ziegenwiese auch die Wege, die jetzt nur der Stadt zur Benutzung überlassen sind, ins freie Eigentum der Stadtgemeinde übergehen. Abschließend soll noch die Be- und Entwässerung der Wiese in der jetzt vorhandenen Weise gegenseitig gewährleistet werden.

Das Klausberggelände

zwischen der Saale, der Seebenerstraße, der Trothaerstraße und dem Trothaer Friedhof umfaßt nach dem von dem Domänenfiskus bewilligten Kaufpreise 127533 Hektar. Die Gesamtfläche beträgt 172153 Hektar. Gemäß dem Schreiben der Königl. Regierung, Abteilung für Domänen und Forsten, vom 23. September 1911 hat der Herr Landwirtschaftsminister sich damit einverstanden erklärt, daß auf Grund eines Kaufpreises von 600000 Mark für das Klausberggelände und die Ziegenwiese zusammen weiter verhandelt wird. Er hält diese Summe allerdings noch nicht für vollkommen ausreichend. Das Klausberggelände kann man mit 400000 Mark bewerten, es bleiben somit als Kaufpreis für die Ziegenwiese immer noch 200000 Mark. Dieser Preis ist zwar ein hoher, doch dürfte in Rücksicht auf die Einnahme aus den Eisenbahnen ein geringerer kaum jemals zu erlangen sein. Aus den früheren Verhandlungen hat der Stadt mit der Domänenverwaltung ist ersichtlich, daß der geforderte Kaufpreis eine feste Steigerung erfahren hat. Der Magistrat befürchtet daher, daß er immer noch mehr steigen wird. Es muß bei Lage der Wiese jedoch verhindert werden, daß die Wiese in Privatbesitz übergeht. Die Teile der Ziegenwiese, welche die Stadtgemeinde zu erwerben beabsichtigt, haben einschließlich der vorhandenen Wege und Anlagen eine Flächengröße von ca. 112000 Hektar.

Der Tafelwerder

Ist im wesentlichen domänenfiskalischer Besitz, nur ein Streifen an der Saale entlang und der tote Saalearm sind noch im Besitz des Wasserbauamts. Mit letzterem sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Für den domänenfiskalischen Teil wird gemäß Schreiben der Königl. Regierung, Abteilung für Domänen und Forsten, vom 24. August v. J. ein Preis von 1200 Mark pro Morgen gefordert. Bei einer in der Größe selbstmessenlich noch nicht endgültig festgestellten Fläche von etwa 116140 Hektar würde sich ein Gesamtpreis von 548000 Mark ergeben. Für die Herausgabe der Grundstücke aus der Macht wird der Richter der Domäne Lettin vom Domänenfiskus den vertragsmäßigen Pachtzins erhalten. Die weitergehenden Ansprüche desessen auf Entschädigung für Saaten und Bestellung hat die Stadtgemeinde ohne Beteiligung des Fiskus zu befriedigen. Auch hat die Stadtgemeinde die dem Richter der Domäne Lettin gehörige, über die Saale nach dem Tafelwerder führende Straße mit allem Zubehör käuflich zu erwerben. In Uebereinstimmung mit der Stadtbaubedeutung erlaubt der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung, sich mit dem Ankauf des Tafelwerders zu den vorerwähnten Bedingungen (548000 Mark) für Rednung der Kanalanteile einzulassen zu erklären. Ferner erucht er um Zustimmung zum Ankauf der Ziegenwiese sowie des Klausberges und des an diesen angrenzenden domänenfiskalischen Geländes zum Gesamtpreise von 600000 Mark a Konto des Substanzgelderfonds.

Herr Stv. B. M. er tritt für aus; daß die Stadt schon wiederholt Gelegenheit gehabt habe, jene Grundstücke vom Fiskus zu kaufen. Die Verhandlungen wegen der Ziegenwiese haben sich stets erledigt, und stets ist die Wiese im Laufe der Jahre teurer geworden. 1855 konnte die Stadt für 90 Wfg. pro Quadratmeter (162000 Mk.) kaufen, 1901 kostete sie schon 1,63 Mark und jetzt werden 2,70 Mk. pro Quadratmeter verlangt. Der Fiskus rechnet bei einem Kaufpreis von 250000 Mark eine Veräußerung heraus. Er sagt: Der Eisthub zahlt 4750 Mark Jahrespacht, Herr Diebe 3100 Mark, das Eishaus bringt 700 Mark Miete; das sind

abteilung bringt. Ein Uebelstand bei der Artillerie ist die geringe Zahl der Geschütze im Friedensstande. 218 Batterien können nicht einmal ihre Geschütze voll bespannen und lassen zwei Geschütze im Schuppen stehen, wenn sie auszurücken. Wägt ist es auch, die Reiterei schon im Frieden den Divisionen zu unterstellen, nicht erst im Kriege. Die Meinung, daß die Kavallerie heute bei den Massenheeren überflüssig sei, ist eine irrige. Geschultete Infanterie kann für die Kavallerie ein sehr günstiges Angriffsobjekt abgeben, ebenso Infanterie, die in der Fronte und im Rücken gepackt werden kann. In der Distrikts von Prof. Dr. August Fischer (Berlin) darauf hin, daß wir durchaus kein armes Volk seien, da wir große Ausgaben für unnütze Zwecke machten. Höchstens könnte man bei den Ausgaben für Küstungszwecke und dem Verbands hierüber von einer geistigen pauvreté sprechen.

Der Schulungsmann wurde von bloß angenommen. Hierauf konstituierte sich der Ausschuss des neuen Wehrvereins. Zum ersten Vorsitzenden wurde gewählt Generalmajor J. D. K. e. m. zum ersten Stellvertreter Reichstagsabgeordneter Geheimrat Paasche, zum zweiten Stellvertreter Landtagsabgeordneter Landrat a. D. v. Dem. h. Ferner wurden in den Ausschuss delegiert: die erste Vorsitzende des Deutschen Frauenbundes Frau v. Alben, Redakteur Richard Yorckhausen (Berlin), Chefredakteur Hippler (Berlin).

Dr. Fr. Senin sprach an letzter Stelle über die deutsche Wehrmacht, eine volks- und finanzwirtschaftliche Betrachtung, indem er ausrief: Wer glaubt, daß wir unseren Wohlstand unter denselben Bedingungen wie bisher entwickeln können, ohne an das Schwert greifen zu müssen, mit dem können wir nicht rechnen. Wir wollen ihn nur im Vorbeigehen zurufen, daß genau von 120 Jahren der französische Nationalrat, der zuerst für den Frieden eintrat, sich später hinter Napoleon stellte und die blutigen Kriege billigte. Redner weist dann nach, daß Deutschland volkswirtschaftlich und materiell gerüstet sei, um eine stärkere Rüstung zu vertragen. Andere Armee ist nicht nur eine Versicherungsprämie für unser Volkswirtschaft, sie ist eine Kapitalanlage. Das Gefühl haben wir freilich in den letzten Jahren verloren, weil wir einen Frieden hatten, der mitunter ein kalter Frieden war. Wir müssen das Gefühl in die Massen werfen, daß das deutsche Heer imstande ist, seine Kosten in allen seinen Teilen zu amortisieren. (Sechster Beifall.)

Aus den Kolonien.

Die Freiheit der Bushmänner

im Norden unseres südafrikanischen Schutzbereiches nimmt immer mehr überhand. Nach einer Meldung aus Grootfontein wurde kürzlich dem Farmer Freeborn v. Spiegel-Arends von Bushleuten seine ganze Großviehherde, gegen 150 Stück, nachwärts abgetrieben. Durch eine energische Verfolgung gelang es, die Räuber 25 Kilometer von der Farm entfernt eingeholen und ihnen das Vieh wieder abzunehmen. Nur eine Kuh fehlte. Sie war inzwischen bereits geschlachtet worden. Die Bushleute, die mit Waffen bewaffnet waren und vom Damango hergekommen zu sein schienen, sind, wie die D.S.W.A. Jg. meldet, leider alle entkommen. Ferner wurde dem Farmer Ademann-Datruir von Bushleuten eine Kuh gestohlen. Die Räuber wurden von der Polizei weit in das Sandfeld verfolgt. Leider mußte aber die Polizei wegen Wassermangels die Verfolgung aufgeben. Einige Eingeborene, welche bei der Verfolgung halfen, drangen noch eine halbe Stunde weiter vor. Als sie hierbei auf eine Bushmannswehr trafen, wurde einer von ihnen durch einen Pfeilschuß, der die Brust durchdrang, schwer verletzt. — Es ist ja zweifellos eine ganz ungemein schwierige Aufgabe für die Regierung, diesem Treiben des Bushvolkes unter einen Riegel vorzubringen. Aber diese Aufgabe wird unter allen Umständen gelöst werden müssen, und je eher sie in Angriff genommen wird, um so leichter wird sie zu bewerkstelligen sein. Wenn man dem Treiben der Bushmänner weiter untätig zusieht, wird ihre Freiheit so wachsen, daß es nachher doppelt schwer halten wird, sie zur Ration zu bringen.

Kleine vermischte Nachrichten.

Vereinigung der deutschen Privatversicherung. Die am 24. Januar 1911 als Zentralorganisation aller großen deutschen Privatversicherungsverbände gegründete Vereinigung der deutschen Privatversicherung hält am 9. Februar in Berlin ihre erste Generalversammlung ab, auf der u. a. die Frage der Doppelversicherung der Versicherungsverträge einer eingehenden Erörterung unterzogen werden wird.

Der Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar wurde Montag eröffnet. Unter den Regierungsvorlagen befindet sich eine Vorlage betreffend die Aufhebung der Grundsteuer, eine andere auf eine Uebersicht für Straßenbauten und die Erhöhung der Gehälter verschiedener Beamtenkategorien. Auch das Gesetz betreffend den Gebietsaustausch zwischen Weimar und Meiningen liegt dem Landtage vor.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser teilte in einem Telegramm an Dr. Krupp von Bohlen und Halbach mit, daß er die Einladung zu der im August stattfindenden Jahresversammler der Firma Krupp annehme.

Der Kaiser hörte Montag vormittag im Königl. Schlosse den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini und machte dem Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg einen Besuch.

Der Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg ist, wie nunmehr bestimmt verlautet, an Stelle des Freiherrn von Stobber zum Gouverneur von Deutsch-Dakota aussersien. Die Verhandlungen mit dem Herzog gehen vor dem Abschluß.

Der 57jährige Staatsminister Hofschke ist schwer erkrankt.

Der Graf von Turin beim Garde-Kürassier-Regiment. Der Bruder des Königs von Italien, der als Golt des Kaisers gegenwärtig in Berlin wohnende Prinz Viktor von Italien, Graf von Turin, mochte Montag vormittag der Uebergabe des Garde-Kürassier-Regiments an seinen neuen Kommandeur, den Grafen von Spee, bei.

Der Großherzog Friedrich der Bulgaren Kronprinz. Der Kronprinz von Serbien, der am 31. Januar sein 18. Lebensjahr vollendet, hat der Kaiser, wie aus Sofia gemeldet wird, den Prinzen Friedrich Leopold mit seiner Betreuerin beauftragt.

8650 Mark. Das würde aber immer noch eine unzureichende Vergütung sein, und sie kann die Lebensfrage nicht nehmen, da der vom Fiskus geforderte Preis sehr hoch ist. Es ist ein lauter Spiel, in den uns der Magistrat beissen läßt, aber er kann schließlich nicht anders. Wir müssen Heren im eigenen Hause werden. Wir müssen uns jenes Terrain beschaffen, auch mit Rücksicht auf die durch die Papellasse projektierte Straßenbahn. Auch der Preis den der Fiskus für das Klausberggelände verlangt, ist sehr hoch. Das Terrain wird umgrenzt von der Saale, Lüttichs Schneidemühle, dem Friedhof und der Trothauer- und Seebenerstraße. 4 Fektar müssen als öffentlicher Platz liegen bleiben, der andere Teil kann als Baufeld benutzt werden. 90 000 Quadratmeter à 12 Mark werden wir veräußern können. Das macht 1 084 800 Mark. Für die Straßen gehen 13 000 Quadratmeter ab, was bei 200 Mark Ausbauten pro Fektar 2 600 000 Mark ergibt, die abzugsfähig sind. Es verbleiben ca. 488 000 Mark zu erwartende Einnahme. Da aber frühestens in den nächsten 15 Jahren die Bebauung einsetzt, ist noch ein Zinsverlust von 17 000 Mark in Abzug zu bringen. Die Stadt wird also nicht mehr als 351 000 Mark herauszuschlagen; der Fiskus aber verlangt 420 000 Mark. Immerhin bietet der Verkauf für die Stadt andere Vorteile und darum schlägt der Grundeigentumsausschuß den Kauf der Ziegelwiese und des Klausberggeländes für insgesamt 600 000 Mark vor. Herr Stv. Emmer hält den Preis für viel zu hoch.

Der Bürgerhaushalt wird man es nicht begrifflich machen können, daß die Stadt einen einigermaßen günstigen Kauf abschließen. Das Klausberggelände, das unter Befähigung durch die Schornsteine von der Papierfabrik und von Lüttichs Schneidemühle liegt, werden nie als Bauland terrain verwertet werden können, also auch keine 12 Mark pro Quadratmeter bringen. Es eignet sich höchstens zu Arbeiternwohnungen zu bringen und wird nicht teurer als 3 Mark pro Quadratmeter zu verwerthen sein. Keiner wünscht, daß der Magistrat erneut mit dem Fiskus auf der Grundlage von 550 000 Mark verhandelt. Und wenn der Fiskus nicht darauf eingeht, solle man die Verhandlungen scheitern lassen.

Herr Stv. Meyer war dort. Die Verhandlungen darf man nicht scheitern lassen, es werde damit der Kauf, der sich schließlich als eine Notwendigkeit erweise, nicht billiger werden; die Erfahrung habe das gelehrt. Der Preis sei ja allerdings sehr hoch, und es sei zu bedauern, daß der Fiskus nicht berücksichtigt, wie sehr auch ideale Gesichtspunkte die Stadt bei dem Ankauf solcher Liegenschaften leiten.

Herr Stv. Krause meint, die Notwendigkeit, die Ziegelwiese zu kaufen, liege nicht vor. Der Fiskus müsse die Wiese hoch liegen lassen und könne sie nur so verwerthen, wie sie schon jetzt verwerthet wird. Den Ankauf der Ziegelwiese halte er deshalb abzulehnen. Wenn zur Erhaltung des Ankaufs der Ziegelwiese auf die projektierte Straßenbahnlinie Mühlweg-Beitrag usw. verwiesen wird, so müsse man sagen, der Bau der Bahn verteuere schließlich nur den Ankauf der Heide.

Herr Stv. Herzog erklärt sich für die Magistratsvorlage, auch für den Ankauf der Ziegelwiese, für den auch hygienische Gesichtspunkte in Frage kommen. Die Ziegelwiese ist ein Hauptstübe der Mülldeponie, und das ist eine Gefahr, die man nicht unterschätzen darf. Von Leipzig aus geht die Bewegung, der sich auch unsere Stadt angeschlossen hat, den Kampf gegen die Mülldeponie, die ja die Werbeträger von schweren Krankheiten sind, in großem Umfange durchzuführen. Aus solchen Erwägungen heraus hat sich die hiesige Polizei an die hiesige Regierung zu Merseburg als die Behälterin der Ziegelwiese gemeldet und Maßnahmen zur Beseitigung der Mülldeponie verlangt. Die Regierung hat sich dagegen geäußert, obwohl sie sonst den Freizug gegen die Mülldeponie fördert, um erst das Oberverwaltungsgericht hat die Regierung darüber belehren müssen, daß die Polizei ein Recht hätte, die geforderten Maßnahmen zu verlangen. Es wäre aber gut, mit behüben die Ziegelwiese, dann könnten wir mit allem Nachdruck die nötigen Vorkehrungen treffen im Interesse der öffentlichen Gesundheit.

Herr Stv. Höfische meint, der Ankauf des Klausberggeländes lasse sich vom Standpunkt geundeter Bodenpolitik rechtfertigen, aber für den Ankauf der Ziegelwiese liege keine Veranlassung vor.

Herr Stv. Kallmeyer weist nach, daß die Stadtverordnetenversammlung in früheren Jahren schon wiederholt den rechten Augenblick verpaßt habe, historische Liegenschaften zu kaufen. Er erinnert an den Ankauf der Burg Giebichenstein und des Amtsgartens. Da habe man auch wiederholt den günstigen Moment verpaßt, und schließlich mißte sich ein Privatkauf ein, und wir mußten für den Amtsgarten und die Burg — ohne die Burg — etwa denselben Preis zahlen, für den das ganze Bistum zu haben war. Mit knapper Majorität ist der Erwerb i. Z. beschlossen. Aber wer wollte heute den Ankauf bedauern? wohl niemand, auch nicht diejenigen, die damals dagegen stimmten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rixe mahnt gleichfalls, man möge aus der Erfahrung lernen. Hinsichtlich des Ankaufs der Ziegelwiese habe man veräußert, rechtzeitig zuzugreifen. Hinsichtlich der Burg Giebichenstein sei auch so lange geögert worden, bis ein Konflikt war. Daran hatte zuvor niemand gedacht, auch die Herren der Regierung hatten es nicht für möglich gehalten, daß einmal jemand von auswärts an diesem Besitztum so lebhaftes Interesse nehmen könnte. Und nun stieg natürlich der Kaufpreis. Der Preis, den der Fiskus für die Ziegelwiese fordert, ist übrigens kein Willkürlicher; er ist berechnet nach dem Nutzungswert nach der Einnahme aus der Einziehung. Für den Fiskus kommt nur der Nutzen in Frage; uns als Stadtgemeinde leiten ideale Rücksichten, ethische Ziele, aber dazu werden wir den Fiskus nicht bringen, daß er diese Aufgaben der Stadt erhebliche Bedeutung schenkt. Wir müssen selber Dopper bringen. Das geht uns so wie allen Großstädtern. Die großen Städte wollen ja gern zahlen, aber sie wollen sich vom Fiskus nicht gar zu arg überbieten lassen, wenn sie Aufgaben der Volkswirtschaft, Volksgesundheit usw. dienen. Wenn die Verammlung heute ablehnt, so beruhigt sich der Fiskus sofort bei dem Nein; ihm tut die Ablehnung nichts. In die Regierung in Merseburg haben wir Forderung, aber die Entscheidung fällt im Ministerium der Landwirtschaft und im Ministerium der Finanzen, und da ist das Verfahren recht langwierig, ehe die Ministerien von einer Offerte sagen, daß sie für den Kaufabschluß ausreicht. Seit fünf Jahren unterhandeln wir um 16 Besitztümern, die in unserem Inter-

esse gebietet liegen, darunter auch um die Heide. Wir haben eine großzügige Bodenpolitik eingeleitet, dabei wollen wir nicht faul machen. Hinsichtlich der Ziegelwiese und des Klausberggeländes liegen jetzt greifbare Ergebnisse der Verhandlungen vor; das Erreichte wollen wir nicht zunichte machen, sondern wollen den Kauf abschließen. Es sind in den Ausschüssen in geheimer Sitzung noch eine Reihe Gesichtspunkte für den Erwerb geltend gemacht, und das fällt doch ins Gewicht, daß diese Ausschüsse ein stimmig den Kauf beschlossen haben. Was Herr Stv. Herzog hinsichtlich des Streites sagte, der wegen der Anordnungen zur Befähigung der Mülldeponie anbot, ist richtig; die Polizei mußte erst im Klagenwege durchgehen, daß die königliche Regierung als Behälterin der Ziegelwiese die notwendigen Maßnahmen zur Ausrottung der Mülldeponie anerkennt.

Herr Stv. Herzog richtet an den Magistrat das Ersuchen, darauf hinzuwirken, daß dem Fiskus aus Rücksichten der öffentlichen Gesundheit der Verkauf des Natureres von der Ziegelwiese unterlagert wird. Im übrigen meint er, die Stadt könne, wenn sie Behälterin der Ziegelwiese gemorden ist, dort eine Art Wasserleitung anlegen, wo im Sommer geodert und im Winter dem Eispori gehuldet wird. Die Verpachtung des Eises an einen privaten Klub werde sich der Stadt wohl verbieten.

Herr Stv. Steinbrück bemerkt, es wäre richtiger gewesen, den Ankauf der Heide zusammen mit dem Erwerb der Ziegelwiese zu verhandeln. Beide Sachen hängen mit einander insofern zusammen, als die Straßenbahn an der Ziegelwiese entlang zur Heide eine Verfertigung für die Heide erzeugt, so daß der Fiskus, wenn jene Bahnverbindung erst besteht, wohl einen höheren Preis für die Heide fordern wird.

Herr Oberbürgermeister Rixe hält diese Befürchtung für unbegründet. Er gibt des näheren Mitteilungen über die Geschichte der Verkaufsverhandlungen, die seit fünf Jahren betreffs der Heide im Gange sind. Wir kommen darauf im Abendblatt zurück.

Der Ankauf wird schließlich noch dem Magistratsantrage zu 600 000 Mark beschlossen.

6. Zwecks Erbauung der Kläranlage auf dem Tafelwerder hat der Magistrat unterm 8. v. M. der Verammlung den Antrag auf Ankauf des der Domänenverwaltung gehörigen Grundstücks unterbreitet. Außer dem domänenfiskalischen Teil des Tafelwerders müssen, wie auch in der vorliegenden Vorlage angegeben, noch zwei dem Aufseheramt gehörige Grundstücke erworben werden. Es sind dies zwei Flächen von 0,4925 und 0,8025 Fektar Größe. Der Kaufpreis beträgt 3000 Mark pro Fektar. Die Verammlung genehmigt den Ankauf. (Ref.: Herren Stv. Blumentritt und Colberg.)

Für die Kläranlage wird schließlich noch eine kleine Fläche gekauft, welche Herrn Generalleutnant v. Bagenstift gehört. Diese Parzelle muß im Wege der Enteignung erworben werden; das Verfahren ist bereits eingeleitet.

7. Der Magistrat beantragt, auszuftimmen, daß das dem Hospital St. Cyriaci et Antonii gehörige, in der Nähe der Heilenauestraße gelegene Grundstück in Größe von 5676 qm an die Stadtgemeinde — Bethe: Lehmann — Stiftung — zum Preise von 10 Mark pro Quadratmeter und gegen Erstattung der für das Grundstück bereits aufwendenden Straßenausbaufolgen zum Betrage von 9900,80 Mark veräußert wird, und daß die Mittel dazu aus dem für Erziehung und Unterhaltung eines Jugendheims abgeforderten Fonds der Bethe-Lehmann-Stiftung genommen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat im Herbst 1911 dem Vortrage zugestimmt, aus Mitteln der Bethe-Lehmann-Stiftung

im Süden der Stadt ein Jugendheim

zu errichten. In Ausführung dieses Beschlusses schlägt der Magistrat für das zu errichtende Heim das oben bezeichnete Grundstück vor.

Der Referent Herr Stv. Emmer trägt noch folgendes vor: Das Grundstück für das Jugendheim muß verschiedenen Anforderungen entsprechen. Es muß eine Größe von mindestens 5000 Quadratmetern besitzen, möglichst im Zentrum des Südens gelegen, leicht erreichbar und leicht bemerkbar sein. Diese Anforderungen bedingt das vorgeschlagene Grundstück. Es bietet den großen Vorteil, daß es an eine hiesige mit Hof und Parkanlage ausgestattete Schule angrenzt, so daß die Möglichkeit geboten ist, diese Einrichtungen zu bestimmten Zeiten den Besuchern des Heims zur Verfügung zu stellen.

Was den Kaufpreis betrifft, so wird er auf der einen Seite dem Interresse des Hospitals vollkommen gerecht. Er ist für das nackte Land berechnet, daher sind dem Hospital die für den Ausbau der Ladenbereiche bereits erwachsenen Kosten zu erstatten. Für das Land weislich der Johannis-Kirche hat das Hospital im Jahre 1911 9 Mark pro Quadratmeter von der Stadtgemeinde erhalten. Die durch die fortwährende Entwicklung des Stadtteils bedingte Verfertigung findet in der jetzt gestellten Forderung von 10 Mark pro Quadratmeter angemessenen Ausdruck.

Andererseits ist der Kaufpreis, wenn ihm auch noch die Freilegungskosten und die sehr erheblichen Straßenausbaufolgen ca. 25 000 Mark im Falle des Ausbaues der Zonastraße und Canaliculstraße hinzutreten, nicht zu hoch. Keinesfalls wird sie zu geringem Preise ein nur annähernd so günstig in bebauter Stadtgegend und doch verhältnismäßig frei gelegenes Grundstück von dritter Hand erwerben können.

8. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu, daß dem Dürerfunde für seine Bestimmung zur Bekämpfung der E. S. und L. i. e. t. u. r. 300 Mark aus XX 11 bewilligt werden. (Ref. Herr Stv. Borg.)

9. Die Verammlung genehmigt, daß an unseren Mittelschulen vom 1. Mai 1912 ab die Stelle einer wissenschaftlichen Lehrerin in eine Zeichenlehrerin umgewandelt und der Zeichenlehrer das Gehalt der technischen Lehrinnen bewilligt wird. Dadurch wird eine jährliche Minderausgabe von 450 Mark sich ergeben. Das Gehalt der wissenschaftlichen Lehrerin an den Mittelschulen beträgt anfangs 1800 Mark und steigt bis zu 3140 Mark, während die technische Lehrerin ein Gehalt 1440 bis 2090 Mark bezieht.

Zum Schluß wird der Punkt 10, der die Etats des Stadtgymnasiums (Ref. Herr Stv. Herzog), der Handwerkerfchule

(Ref. Herr Stv. Dehne), des Elektrizitätswerts (Ref. Herr Stv. Springer), der Straßenbahn (Ref. Herr Stv. Krause) und des Leihamtes (Ref. Herr Stv. Borchert) genehmigt.

Beförderung. Kunze, Major und Bezirksoffizier beim Bezirkskommando Halle a. S. hat den Charakter als Oberstleutnant erhalten.

Der Allgem. Deutsche Schachverein hält am Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr im Neumarkt-Schachhaus einen Vortragabend ab. Herr Generalleutnant Dr. Kunze wird über „Die Entwicklung der Schach“ (mit zahlreichen Lichtbildern) sprechen. Nach dem Vortrag findet ein Austellen von Büchern aus der Bibliothek des Vereins statt. Am Dienstag, den 27. Febr., wird ein deutscher Ballesternabend veranstaltet.

Die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft, Ortsgruppe Halle a. S., läßt zur Generalversammlung auf Freitag, 9. Februar, 8 1/2 Uhr in der „Zuipke“, Alte Promenade, ein.

Das Märchenland führt der Norddeutsche Lloyd seine Gäste auf der Kautausfahrt, die er vom 28. April bis 29. Mai d. J. ab Genua mit dem Doppelschraubendampfer „Schleswig“ veranstaltet. Dabei an den herrlichen Geländen des südl. und östl. Mittelmeeres, geht es nach kurzem, aber inhaltreichem Verweilen in Tunis, Malta, Piräus usw. in das traumhaft schöne Katalonien. Wer denn nicht an die begehrtesten Worte Mirra Schaffys, dessen liebreicher Mund nimmer müde wurde, die wunderbaren Reize des Kroalandes und seiner Bewohner, nor allem der Frauen, zu preisen! Mit dem modernsten Hilfsmittel des Verkehrs, dem Auto, werden — wach ein Kontrast! — die Stätten alter Pracht und majestätischer Natur Schönheiten durchstreift, und die Teilnehmer durch die wundervollen Bergstraßen in die Orte kaufmännischer Geschäftigkeit geführt, die den Europäer in ihrer Fülle übermäßig. Aber ein Naturrausch ist und Sinn für die feineren Kulte anderer Völker hat, wer einmal abseits von den üblichen Pfaden sich erholen will, der wird auf dieser Reise finden, was er sucht: neue, unerhörliche Eindrücke, Genuß und Kräftigung der Nerven. Die Preise sind so bescheiden, daß auch denen, die nicht zu den „oberen Zehntausend“ an Geld und Gut gehören, die Teilnahme ermöglicht ist. Der Norddeutsche Lloyd in Bremen und seine sämtlichen Vertretungen erteilen bereitwillig jede Auskunft und versenden kostenlos ausführliche Prospekte.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Verantwortlichen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keine Verantwortung; für die Richtigkeit auf Grund des 8. Abs. 2 des Bürgergesetzes in vollem Umfange der Sündener verantwortlich.)

Die Wahlreizeinteilung.

Man schreibt der „Saale-Zig“:
Zu Ihrem Artikel wegen der Wahlreizeinteilung bezw. Proportionalwahlen möchte ich höflich folgendes bemerken:
Sowohl die früheren als auch die jetzigen Bedenken des „S. Z.“ sind gerechtfertigt. Wenn das ganze Reich ein Wahlkreis wäre, so würde die Anzahl der Parteien ins Unendliche wachsen. Bei der jetzigen Einteilung können jedoch nur wenige Parteien ins Parlament einziehen, welche häufig Aufwands und Uneinheitlichkeit einzelner Parteien im Gefolge haben. Beides läßt sich durch eine Wahlreizeinteilung mit 2 oder 3 Abgeordneten und Unterwahlkreisen, wie zum höchsten Gemeindericht, vermeiden. Es könnten z. B. die Bundesstaaten mit weniger als 200 000 Einwohnern je einen Wahlkreis bilden, die größeren entsprechend geteilt werden, Preußen beispielsweise nach Regierungsbezirken, soweit sie nicht mit einer höheren Einwohnerzahl als 2 000 000 wiederum zu teilen wären. Jeder Wahlkreis wählte je einen Abgeordneten und 200 000 Einwohner, wobei stets noch oben abzurunden wäre. Dies würde jezt ca. 350 Abgeordnete ergeben, und selbst bei schneller Durchföhrung dieses Modus würde infolge des Anwachsens der Bevölkerung die Zahl der Abgeordneten nicht wesentlich vergrößert. Auch würde selbst bei sehr wesentlicher Verbiegung in den einzelnen Landesteilen eine nachträgliche Wahlreizeinteilung ebensowenig wie Stöchwachen erforderlich sein.

Provinzialnachrichten.

Zur Erweiterung der Sonntagsruhe.

Weimar, 26. Jan. In der Frage der erweiterten Sonntagsruhe sah heute der Gemeinderat folgenden Beschluß:
Prinzipiell wird genehmigt für die Sonntagsruhe im Handelsbezirk, daß höchstens eine Arbeits- und Verkaufszeit von 3 Stunden verbleibt. Wie diese Maximalzeit von 3 Stunden verteilt wird, soll erst in der Sitzung am nächsten Freitag entschieden werden, weil auch heute noch, trotz der wiederholten Besorgnis der Bevölkerung, die Meinungen hierüber noch nicht vollständig geklärt sind. Es hat sich, daß der erste Bürgermeister Dr. Dombart selbst sich sehr energisch für sofortige Annahme des vorliegenden Ortstatut-Entwurfs ins Zeug legte. Er sagte: Im Prinzip sind wir ja alle einig, also schließen Sie doch endlich nun einmal so und genehmigen Sie das Statut; wozu da noch solche Verhinderung? Aber für die Genehmigung des Statuts im einzelnen war heute dennoch nur eine Minderheit, während die prinzipielle Annahme der erweiterten Sonntagsruhe einstimmig erfolgte, einschließlich aller Stimmen des Ausschusses, der ursprünglich eine Vertragung der ganzen Angelegenheit bis zum Erlaß des erwarteten neuen Reichsgesetzes über die Sonntagsruhe beantragt hatte.
Ebenfalls wird hiernach das neue Ortstatut für Weimar noch bis Diern in Kraft treten.

Electrotechnische Ausstellung 1912 für Haus, Gewerbe und Landwirtschast.

Leipzig, 27. Jan. Unsehr kürzlichen Mitteilung, daß die sachgemäße Halle vollständig besetzt ist, können wir hinzufügen, daß auch die Halle „Die Elektrizität im Haushalt“ so gut wie besetzt ist, so daß nur noch wenig Plätze zu vergeben sind. Wer also für diese Halle noch anmelden will, muß es unverzüglich tun.
In dieser Halle soll dem Publikum die Verwendung der Elektrizität im Haushalt gezeigt werden und zwar genau wie

Degea

ist nur echt in Originalpackung mit Aufschrift „Degea“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120130017/fragment/page=0003

Überall erhältlich.
Auergeellschaft
Berlin O. 17

DFG

